

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Susanna Tausendfreund, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verfassungsschutz: Abteilungsumbau im Innenministerium ersetzt keine Strukturreform

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten:

1. Weshalb erfolgte im Jahr 1999 eine Zusammenlegung der Abteilungen Verfassungsschutz mit der Abteilung Katastrophenschutz und Rettungswesen im Staatsministerium des Innern?
2. Welche Erfahrungen hat sie in diesem Zeitraum mit der Funktionsweise der zusammengeführten Abteilung gewonnen und wie leitet sich der nun erkannte Handlungsbedarf aus diesen Erfahrungen ab?
3. Welche konkreten Umstrukturierungen der Abteilung ID plant die Staatsregierung, insbesondere welche Sachgebiete werden in der neuen Abteilung, die für den Verfassungsschutz zuständig sein wird, vorhanden sein und welche inhaltlichen und personellen Konsequenzen folgen daraus?
4. Welche Auswirkungen hat die Umstrukturierung für die inhaltliche Arbeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV), insbesondere für den Beobachtungsbereich Rechtsextremismus?
5. Sieht die Staatsregierung vor dem Hintergrund der NSU-Mordserie über eine interne Umstrukturierung im Innenministerium hinaus Reformbedarf für die Arbeitsweise des BayLfV und dessen Kontrolle?
6. Wenn ja, welche Pläne hat die Staatsregierung für diesen Reformprozess und in welchem zeitlichen Rahmen soll er stattfinden und wie sollen hierbei die Ergebnisse der Arbeit des Untersuchungsausschusses NSU berücksichtigt werden?

Begründung:

Staatsminister Herrmann hat angekündigt als Folge aus dem innenpolitischen Debakel der NSU-Neonazi-Morde organisatorische Konsequenzen zu ziehen. So soll künftig im Staatsministerium eine eigene Abteilung für den Verfassungsschutz in Bayern zuständig sein. Dies ist allerdings nur die Korrektur einer Entscheidung seines Amtsvorgängers Beckstein, der vor 13 Jahren die damals bereits eigenständige Abteilung Verfassungsschutz mit der Abteilung Katastrophenschutz und Rettungswesen ohne erkennbaren fachlichen Zusammenhang fusionierte.

Die möglichen Versäumnisse der bayerischen Ermittlungsbehörden und das BayLfV sind Gegenstand des Untersuchungsauftrags des bayerischen Untersuchungsausschusses zur NSU-Mordserie. Eine echte Strukturreform der Arbeitsweise des BayLfV muss die Ergebnisse dieses Gremiums berücksichtigen.

Die angekündigte Umstrukturierung der Abteilung ID im Staatsministerium des Inneren, nach der für den Bayerischen Verfassungsschutz wieder eine eigene Abteilung zuständig sein soll, gibt Anlass zu einer umfassenden Information des Parlaments über die Hintergründe dieser Entscheidung und die Einschätzung der Staatsregierung bezüglich eines grundsätzlichen Reformbedarfs der Arbeit des Landesamts und seiner Kontrolle.